

Manifest des Realismus

Was verdient unsere Gesellschaft und wofür gibt sie das Geld aus?

Unser Brutto-Inland-Produkt (BIP), also das, was wir alle zusammen in der Schweiz an Löhnen und Gewinnen verdienen, beträgt 600 Mia. Franken. Davon gehen

- 40% weg für Mieten, Zinsen und Dividenden (Kapitalquote)
- 33% weg für Steuern, Gebühren (Staatsquote)

Für den Konsum (Lebensmittel, Kleider, Auto, Bildung, Freizeit, Ferien etc.) bleiben noch 27%! Die mageren 27 Prozent, die im Sandwich zwischen Kapital und Staat sind, sind die Realwirtschaft! Aufgrund der steigenden Zinslasten infolge von systembedingten Neuverschuldungen werden die 27%, die wir effektiv im Portemonnaie haben, immer weniger, das Volk wehrt sich und will mehr Luft - verständlich!

Ziel des Realismus ist es, die Realquote von heute 27% möglichst nahe an 100% zu führen

Mit 40% - der Kapitalquote -, möchten wir das Grundeinkommen finanzieren, damit niemand Angst hat, mit der Umstellung habe er kein Einkommen mehr. Die Realwirtschaft beginnt wieder zu leben, die Menschen haben Geld für Bildung, Freizeit und Ferien. Und so möchten wir Step by Step zu einer vollen Realwirtschaft gelangen und die Forderung nach Freiheit und Gleichheit verwirklichen.

Einführung

Am Ideal "Freiheit und Gleichheit" und an der direkten Demokratie hält der Realismus fest, stellt aber die Menschen und die Realwirtschaft ins Zentrum. Wir Menschen sind das Herz der REALWIRTSCHAFT, weil ohne Menschen, die ein Produkt nachfragen kein Austausch stattfindet - denn ohne Frage gibt es keine Antwort.

Damit das Spiel von Nachfrage und Angebot beginnen kann, benötigt die Nachfrage Geld. Das Geld wird als GRUNDEINKOMMEN monatlich allen Niedergelassenen und allen Kindern, die hier wohnen, ausbezahlt. Das vorhandene Grundeinkommen schafft den Anreiz, Waren und Dienstleistungen anzubieten - und das Geld geht an das Angebot über und sammelt sich dort. Am Ende des Monats ist theoretisch alles Geld beim Angebot.

Würde dieser Mechanismus so beibehalten, würde das Geld, das in Umlauf ist, immer mehr und mehr, das Grundeinkommen im Verhältnis zur Geldmenge immer weniger und weniger. Es fehlt eine Komponente, die das Verhältnis Grundeinkommen zur Geldmenge stabilisiert. Die ZENTRALBANK hält die Geldmenge in Grenzen, indem sie die Geldmenge, nachdem sie die gewünschte Grösse erreicht hat, zum Beispiel jährlich um einen Teil verringert. Das heisst, alle Guthaben werden um diesen Teil gekürzt, alte Noten und Münzen gegen neue Noten und Münzen getauscht. Für eine alte 100er Note gibt es vielleicht noch 90 Franken. Diese Kürzung trifft diejenigen, die Geld über einem gewissen Freibetrag haben. Ob die Betroffenen "arm" oder "reich" sind, lässt sich nicht feststellen. Die Kürzung ersetzt sämtliche Steuern und allgemeinen Abgaben.

Mit dem Grundeinkommen haben wir eine existenzsichernde GLEICHHEIT geschaffen und damit jedem auch die FREIHEIT, sein Leben selber zu gestalten, garantiert. Eine materielle Gleichheit, wie das der Kommunismus anstrebt, wird es in einem freiheitlichen System nicht geben. Eine kommunistische Gleichheit würde die Vielfalt der Lebensformen und den Anreiz, Waren und Dienstleistungen anzubieten, zerstören - der freie Markt müsste durch staatliche Planwirtschaft und Arbeitszuteilung ersetzt werden.

EIGENTUM UND EINKOMMEN sind geschützt und dient dem persönlichen Wohl inmitten anderer, denen es auch wohl sein soll. Im Realismus darf es keine Miet-, Pacht- und andere Schuldverhältnisse (Darlehen, Geistiges Eigentum) geben. Grund und Boden werden von der GEMEINDE, der kleinsten politischen Einheit, verwaltet. Die Gemeinde allein bestimmt, wie und durch wen Grund und Boden genutzt wird. Die Nutzung ist befristet und unentgeltlich.

Damit haben wir den Realismus charakterisiert und seine tragenden Teile Grundeinkommen, Zentralbank, Gemeinden genannt. Nebst dem Wucherverbot gilt im Realismus das ebenfalls uralte Strafverbot sowie keine Armee und kein Verteidigungsbündnis, wie das Fürstentum Liechtenstein eindrücklich beweist, das die Armee bereits im 19. Jahrhundert (1868) aus Kostengründen aufgelöst hat. Aus dem Skizzierten geht hervor, dass ein SCHLANKER STAAT entsteht und die KAPITALQUOTE gesenkt wird.

Wir beziehen uns in den nachfolgenden Ausführungen auf die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV)¹.

¹ <http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19995395/>

Wir müssen darauf achten, dass das private Eigentum geschützt ist und andererseits die Geborgenheit und die Entfaltung anderer Personen nicht unterdrückt. Es ist ganz einfach: **Eigentum und Einkommen respektieren; unentgeltliches Nutzungsrecht für Boden; kein Geistiges Eigentum; Freihandel; sozialer Umgang mit dem Eigentum; bedingungsloses Grundeinkommen; keine Steuern.**

Absatz 1 Eigentum und Einkommen sind gewährleistet **und unpfändbar**. Es ist dem Staat verwehrt, sich mit Zwangsabgaben zu finanzieren. Dem Bund, den Kantonen und Gemeinden stehen jedoch Mittel von insgesamt 15 Prozent der Grundeinkommen zur Verfügung, davon verbleiben mindestens 10 Prozent den Gemeinden. Wie jeder Betrieb müssen auch die staatlichen Betriebe ihre Leistungen verrechnen können.

1 Eigentum und Einkommen sind gewährleistet und unpfändbar. Schulden und Bussen dürfen nicht mit Freiheitsstrafen bestraft werden.

(Juristische Personen können betrieben werden und in Konkurs fallen.)

Absatz 2 Grund und Boden gehört eigentlich niemandem und trotzdem müssen wir die Nutzung regeln, weil ansonsten ein Chaos entsteht, denn wer im Frühling sät, der will im Herbst auch ernten! So viel Schutz muss die Gemeinschaft dem Einzelnen gewähren - ob es dazu staatlicher Gewalt bedarf, darf bezweifelt werden. Die Gemeindeversammlung legt die Nutzung fest und das war's. Kein Kanton, kein Bund kann die Nutzung anders bestimmen, kein "Heimatschutz" oder "Naturschutz" die Nutzung boykottieren. Wenn eine Gemeinde keine Autobahn, keinen Flughafen, keinen Waffenplatz oder kein Atomendlager auf ihrem Gebiet wünscht, dann eben nicht! Wer keine Konzerne mag, der gibt Gewerbeland kleinen und mittleren Unternehmen - es zahlt sowieso niemand Pacht und darum kann die Gemeinde frei entscheiden, ob und was sie am liebsten hätte.

2 Grund und Boden sind ewiges öffentliches Eigentum; sie werden von der Gemeinde verwaltet. Die Gemeinde allein bestimmt die Nutzung; die Nutzung ist unentgeltlich. Die Nutzungsdauer beträgt höchstens 99 Jahre und kann verlängert werden; nach Ablauf geht das immobile Eigentum frei und unentgeltlich ins Eigentum der Gemeinde über.

Absatz 4 Ja, **Freihandel** und zwar weltweiten Freihandel! Die Menschen können einführen, herstellen und handeln was sie wollen. Wir könnten Ausnahmen festlegen, zum Beispiel für Waffen, Drogen etc.; doch bedingt dies einen hohen staatlichen Aufwand zur Überwachung, Gerichte und Gefängnisse - und führt doch nicht zum Ziel. Die Schweiz kann als neutrales Land die verschiedenen Zollunionen verbinden, Drehscheibe des Welthandels werden. Der Bund kann die Ausfuhr beschränken, zum Beispiel wenn infolge der Exporte die Versorgung der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet ist.

3 Eigentum kann frei eingeführt, hergestellt und gehandelt werden. Der Bund erhebt keine Zölle, Steuern und Abgaben. Er kann die Ausfuhr beschränken, wenn die Landesversorgung bedroht ist.

Ups! Mehrwertsteuer, besondere Verbrauchssteuern, Stempelsteuer und Verrechnungssteuer sind weg.

Absatz 5 Zentrales Ziel des Realismus ist es, den Umgang mit Eigentum sozialverträglich zu gestalten. "Das Darlehen um selbst für sich mehr zurückzuverlangen, als der andere von ihm empfangen hat, ist eigentlicher Sitz und Ursprung des Wuchers." Papst Benedikt XIV, 1745

Der Realismus will Wucherverhältnisse aller Art, die lediglich einem krankhaft übersteigerten Gewinnstreben dienen, am Ursprung anzugehen: (a) Wer anderen ein Darlehen gibt, hat keinen Anspruch auf Rückerstattung - Darlehen sind eine bedingte Schenkung. Bedingt, weil doch eine Rückerstattung erwartet wird. (b) Wer Eigentum zum Gebrauch überlässt (z.B. Wohnung, Fahrzeug etc.) kann es zurückfordern, darf aber nichts anderes oder mehr zurückverlangen und hat keinen Anspruch auf Schadenersatz. Auch hier steht das Vertrauen des Eigentümers zum Besitzer im Vordergrund: Der Bruder stellt dem Bruder seine Wohnung umsonst zur Verfügung. Benötigt er die Wohnung jedoch nicht, verkauft oder verschenkt er sie. (c) Auch das eine Selbstverständlichkeit! Auch hier haben wir uns entfernt und behalten das Depot als Pfand oder Banken verwenden das Deponierte, um Geschäfte damit machen zu können. (d) Das Buch ist physisches Eigentum und kann verkauft, getauscht, ausgeliehen oder geschenkt werden. Wird das gleiche Buch von mehreren Personen gelesen, entgeht dem Verleger ein Gewinn, denn er gemacht hätte, wenn jeder das Buch gekauft hätte. So kamen sie im 20. Jahrhundert auf die Idee, das Wissen oder die Informationen im Buch als "geistiges Eigentum" zu schützen und bei Bibliotheken, Theater, Radio und Fernsehen den entgangenen Gewinn einzufordern und anderen das Verbreiten des Wissens zu verbieten. Seit Beginn des Internet- oder Informationszeitalters wird es immer schwieriger, die Verbreitung

4 Eigentum dient dem Wohl inmiten anderer, denen es auch wohl sein soll. Eigentum darf nicht dazu führen, andere in Schuld zu bringen:

- (a) Wer Eigentum veräußert oder als Darlehen gibt, hat keinen Anspruch auf Rückgabe.
- (b) Wer Eigentum zum Gebrauch überlässt, kann es zurückfordern; ein Anspruch auf Schadenersatz besteht nicht.
- (c) Wer Eigentum deponiert, kann es jederzeit zurückfordern. Banken müssen ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten zu 100 Prozent durch Geld der Zentralbank decken.
- (d) Wissen und Informationen dürfen frei aufgenommen, gebraucht und weitergegeben werden; eine Gegenleistung ist nicht geschuldet.

des Wissens zu kontrollieren und das Relikt "geistiges Eigentum" kann nicht aufrecht erhalten werden. Auch ein Auto oder eine Uhr enthält Wissen. Wer die Motorhaube aufmacht, sieht, wie die Mechanik angeordnet ist und kann mit diesem Wissen ein eigenes Auto bauen. Ja, warum auch nicht? Die Uhrmacher in der Schweiz haben im 19. Jahrhundert alles nachgebaut und verbessert! Später die Japaner: Die Autos, die nachgebaut wurden, waren besser, weil unglücklich Gelöstes besser gemacht werden kann. Nur, natürlich, die erste Firma hätte gerne ein Patent, dass es nur ihr erlaubt sei, Autos zu bauen. Doch das möchten wir nicht, das behindert den Fortschritt massiv!

Absatz 6 Wir können Angestellte vor Ausbeutung und sinnloser Beschäftigung nicht anders schützen, als ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, die Arbeit zu quittieren und trotzdem leben zu können! So können sie selbstbewusst auf dem Arbeitsmarkt sich umsehen und das tun, wozu sie sich berufen fühlen. Die maximale Altersrente entspricht heute Fr. 2'350 für Alleinstehende und Fr. 3'525 für Ehepaare. Neu erhalten alle Rentner unabhängig ihres Zivilstandes jeder Fr. 3000 - und damit Fr. 200 mehr als heute die minimale Rente plus Ergänzungsleistungen für den allgemeinen Lebensbedarf betragen.

Letztlich erhalten Schweizerinnen und Schweizer und die in der Schweiz Niedergelassenen mit dem Grundeinkommen einen indirekten Inländervorrang, indem sie ein festes Grundeinkommen haben.

5 Einkommensgarantie: Die Zentralbank gibt neues Geld als Grundeinkommen und zu gleichen Teilen jeder erwachsenen Person mit Wohnsitz in der Schweiz, die das Schweizer Bürgerrecht oder die Niederlassungsbewilligung hat, sowie ein halbes Grundeinkommen jedem Kind, das das 6. Altersjahr zurückgelegt und seinen Wohnsitz in der Schweiz hat, aus und gewährleistet in Zusammenarbeit mit den Gemeinden einen unabhängigen Zahlungsverkehr. Die Höhe des monatlichen Grundeinkommens wird von der Bundesversammlung festgelegt.

Grenzgänger und Aufenthalter in der Schweiz erhalten kein Grundeinkommen. Hingegen erhalten Kinder ab 6 Jahren mit Wohnsitz in der Schweiz ein halbes Grundeinkommen.

Absatz 7 "Stellt euch vor, wir sind eine neue Pionier-Gemeinde (vielleicht die Krim, halb so gross wie die Schweiz), keiner hat Geld und ich gehe zur Zentralbank und hole 100 Milliarden Franken. Uii, die drucken ein Weilchen ... Mit dem Geld erstellen wir Strassen, Wohnhäuser, Schulen, Spitäler, Energie- und Entsorgungsanlagen und jeder, der daran arbeitet, plant, unterrichtet etc. erhält etwas von den 100 Milliarden und gibt es wieder aus beim Bäcker, beim Metzger, beim Gemüsehändler, beim Bauern, für Kleider usw. Alle haben Arbeit und die Pionier-Gemeinde blüht!

Plötzlich kommt der Gemeinderat und ruft verzweifelt:

Wisst ihr, was ihr gemacht habt ?!
100 MILLIARDEN FRANKEN SCHULDEN !!
So einen Schuldenberg können wir unseren Kindern nicht hinterlassen,
DAS GELD MUSS ZURÜCKBEZAHLT WERDEN !!

Und wisst ihr, was das bedeutet: Ihr alle, die Bauarbeiter, die Bäcker, die Metzger, die Gemüsehändler, die Landwirte, die Planer, die Ärzte, die Pflegerinnen, die Verkäuferinnen - alle haben gratis gearbeitet, allen nehme ich das Geld wieder aus dem Sack und bringe es der Zentralbank zurück, damit sie es schreddert! Natürlich macht die blühende Pionier-Gemeinde sofort Kippe-Handstand und verreckt. Vielleicht aber sollten wir einfach den Gemeinderat überhören, denn offenbar kennt er den Unterschied zwischen einer Gemeinde und einer Firma nicht. Jede Gemeinschaft braucht freies Geld, um **souverän** zu sein und sich entwickeln und bestehen zu können.

6 Einkommen der Gemeinden:

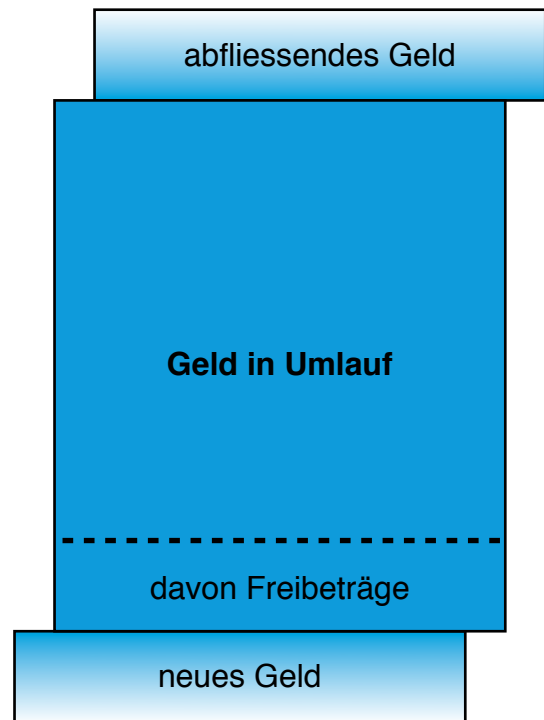
Die Zentralbank gibt neues Geld Gemeinden aus. Die Summe beträgt zehn Prozent der in der Gemeinde ausbezahlten Grundeinkommen. Die Gemeinde finanziert die öffentliche Infrastruktur und richtet Ergänzungsleistungen aus an Personen, deren Existenzbedarf nicht gedeckt ist. Bund und Kantone können zusammen höchstens ein Viertel der Mittel für sich beanspruchen. Bund, Kantone und Gemeinden erheben auf Eigentum und Einkommen keine Steuern.

Absatz 8 Die Geldmenge muss in Grenzen gehalten werden, damit Geld seinen Wert behält. Das Schöpfen von Geld und die Verringerung der Geldmenge, die unter dem Begriff Negativzins von der Zentralbank bereits eingeführt ist, ist Voraussetzung, damit ein Wirtschaften, der Erwerb von Eigentum, überhaupt möglich ist.

Verunmöglicht wird mit der Verringerung der Geldmittel das langfristige Horten von Geld - was ebenfalls der Realwirtschaft zugute kommt. Von der Verringerung nicht betroffen sind Guthaben bis zum Zehnfachen des Grundeinkommens auf dem Konto, auf das das Grundeinkommen ausgegeben wird. So kann sich jeder, der ein Grundeinkommen hat, einen Freibetrag ansparen.

7 Die Zentralbank hält die Geldmenge in Grenzen, indem sie das Geld in Umlauf um einen Teil verringert. Der Freibetrag pro Person mit Wohnsitz in der Schweiz beträgt das zehnfache Grundeinkommen.

Wie wird die Geldmenge verringert? Die Guthaben auf den Konten können rasch um einen Teil verringert werden. Noten werden neu und gross eine Jahreszahl aufweisen. Sie sind im aufgedruckten Jahr gültig und können danach zum kleineren Wert gegen neue Noten umgetauscht oder auf ein Konto einbezahlt werden. Ebenso die Münzen, die neu farbig sind, damit rasch erkannt werden kann, ob sie gültig sind. Noten und Münzen werden neu einen Microchip enthalten, der Währung, Wert und Jahr enthält, damit Automaten sie leicht erkennen können. Die Zentralbank wird also jährlich die gesamte Geldmenge um einen Teil verringern, zum Beispiel am 31. Dezember um 5 oder 10 Prozent. Bis die Geldmenge jedoch die gewünschte Grösse erreicht hat, wird die Zentralbank die Geldmenge nicht verringern; mit den heute bestehenden Noten und Münzen kann sie bis zu diesem Zeitpunkt einfach weiter arbeiten.



Die um die Einkommensgarantie erweiterte Geldpolitik orientiert sich ganz am Gesamtinteresse des Landes, wie das in Artikel 99 Bundesverfassung festgelegt ist. Dieser Verfassungsartikel muss jedoch im Hinblick auf das neue, auf Guthaben basierende Geldsystem angepasst werden.

Die Zentralbank wird den Zugang zu fremden Währungsgebieten mittels Swaplinien sicherstellen. Solche Linien bestehen bereits und haben sich seit der Bankenkrise 2008 bewährt.

Direkt kauft die Zentralbank keine Währungen. In der Vergangenheit ist mit dem Währungskauf neues Geld geschenkt Banken zugeflossen und hat den spekulativen Währungshandel befeuert. Ziel der Geldpolitik ist es, dass das Geld in der Schweiz in Umlauf bleibt oder im Austausch für Waren oder im Tourismusbereich verwendet wird - spekulative Transaktionen, die Swaplinien verstopfen, sollen eingeschränkt werden können.

Die Zentralbank darf nicht aus politischen Gründen (Sanktionen) den Zahlungsverkehr und damit den Austausch von Eigentum und Einkommen verhindern.

Die Devisenbestände werden aufgelöst und fliessen **direkt in die Realwirtschaft**, also zu gleichen Teilen auf die Währungskonten EUR und RUB zum Konto, auf das ein ganzes Grundeinkommen ausgegeben wird.

Abs. 3 Art. 99 BV Geld- und Währungspolitik

3 Währungspolitik. Die Zentralbank stellt den Zugang zu fremden Währungen mittels Swaplinien sicher; namentlich baut sie auch Linien zu Entwicklungsländern auf. Darüber hinaus bildet sie keine Währungsreserven. Sie kann spekulative Transaktionen einschränken.

4 Die Zentralbank folgt keiner Sanktionspolitik.

5 Der Reingewinn der Zentralbank dient der Geldmengenregulierung.

Übergangsbestimmungen Sie müssen noch ausgearbeitet werden, jedoch ist das nicht allzu schwierig. Eckwerte sind:

(2) Das Nutzungsrecht geht an die bisherigen Eigentümer bei Landwirtschaftsland an die Pächter; die Nutzungsdauer für bebautes Bauland ist einheitlich 99 Jahre, für unbebautes Bauland 10 Jahre und für Landwirtschaftsland und übriges Gebiet 30 Jahre. (3) Weltweiter Freihandel. Zölle, Mehrwertsteuer, besondere Verbrauchssteuern, Stempelsteuer und Verrechnungssteuer sind per nächstfolgenden 1. Januar aufgehoben. (4) Forderungen aus Darlehens-, Miet- und Pachtverträgen etc. sind per 1. des nächstfolgenden Monats nichtig; unbefristete Miet- und Pachtverträge sind seitens des Vermieters während den nächsten fünf Jahren nicht kündbar. Die Zentralbank stellt den Banken im Umfang ihrer kurzfristigen Verbindlichkeiten per Abstimmungssonntag, 00:00 Uhr Guthaben zur Deckung ihrer kurzfristigen Verbindlichkeiten zur Verfügung. Bisherige Monopolrechte sind per sofort aufgehoben. (5) Das Grundeinkommen beträgt Fr. 3'000 pro Monat und wird am nächstfolgenden 1. des Monats von der Zentralbank den Gemeinden zuhanden der Berechtigten gutgeschrieben. (6) Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuer sind per nächstfolgenden 1. Januar aufgehoben. (7) Devisen im Bestand der Zentralbank werden sofort eingefroren und wie folgt verwendet: EUR werden zu gleichen Teilen dem EUR-Währungskonto, alle übrigen Devisen innerhalb eines halben Jahres zum besten Preis gegen RUB getauscht und zu gleichen Teilen dem RUB-Währungskonto zum Konto, auf das ein ganzes Grundeinkommen ausgegeben wird, gutgeschrieben.

Es wird vieles anders: Arbeitsplätze gehen verloren, weil diese Arbeit nur dem alten System diene, Arbeitsverträge und Aufträge werden neu festgelegt etc. Doch alles steht! Die Häuser, die Strassen, Schienen, Leitungen, Berge, Seen alles, alles ist unverändert. Die politischen Rechte sind die gleichen, die Nachbarn sind die gleichen. Was jeder besitzt, bleibt ihm.

REALISMUS = EIGENTUMS- UND EINKOMMENS GARANTIE, WUCHERVERBOT, FREIHADEL, KEINE STEUERN, STRAFVERBOT, KEINE ARMEE, SCHLANKER STAAT, SENKUNG DER KAPITALQUOTE

mit dem Übergang von der alten zur neuen Ordnung sind sämtliche Schulden vergeben. Besitz und alle Guthaben bleiben erhalten. Einmalig erhält jeder in der Schweiz Niederlassene ca. EUR 30'000* und in einem halben Jahr nochmals so viel in RUB (*Stand 31.12.2014). Wir sollten das bald tun und nicht erst dann, wenn wir einander umgebracht und Besitz und Guthaben zerdeppert haben. Der Liberalismus vergeht, der Realismus ist da.

Wir danken fürs Zuhören und freuen uns, wenn ihr das Gedankengut des Realismus verbreitet und mehr noch, wenn ihr Verbesserungen einbringen.

Dieses Dokument wurde zuletzt am 3. Mai 2015 geändert.
Allgemeingut. Originaltext bei montagsZeitung.ch